

**„Der Courier“**  
 Organ der deutschsprachigen Canadianer.  
 Erscheint jeden Mittwoch.  
 Herausgegeben von der  
**„Western Printers Association, Limited“**  
 J. B. Ehmman, Geschäftsführender Direktor.  
 Bernhard Vott, Chefredakteur.  
 Geschäftsstelle in Regina, Sask.:  
 1835 Halifax Straße.  
 Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:  
 9753 Jasper Avenue.  
 Writingschasse 12-24 Seiten frei.  
**„DER COURIER“**  
 The Organ of the German-speaking settler of the West  
 MEMBERS OF A.B.C.  
 Printed and published every Wednesday by THE WESTERN  
 PRINTERS ASSN., LTD., a joint stock company, at its office  
 and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.  
 All stock owned by the readers of the paper.  
 J. W. EHMANN, Managing Director.  
 (Advertising Rates upon application)

**Staatshilfe oder organisierte Selbsthilfe?**

In Saskatchewan hat sich, wie an anderer Stelle in dieser Courieraussgabe berichtet wird, eine neue Organisation gebildet, deren Aufgabe es ist, die Notstandsfrage für die von Wirtschaftskrisen betroffenen Gebiete der Provinz auf eine neue Basis zu stellen. Dieser war die Notstands-„Komitee“ genannt, eine Angelegenheit und Aufgabe der Regierung und der Municipalitäten. Nummer sollen die kirchlichen und weltlichen Organisationen der Provinz, die in der Vergangenheit schon aus eigenem Antrieb zum Teil wertvolle Unterstützung geleistet haben, die Provinzialregierung von der alleinigen Verantwortung und Verwaltung auf diesem Gebiet entlasten und durch großzügige Aktionen die Mittel zur Verfolgung der Notleidenden beschaffen.

Premier Dr. J. T. M. Anderson hat in der von ihm einberufenen Konferenz betont, daß die Bürger der Provinz allmählich wieder sich auf eine neue Basis stellen und sich von der Staatshilfe trennen müssen. Die neue Organisation entspricht zugleich den Ansichten des liberalen Führers von Saskatchewan J. G. Gardiner, der bereits vor zwei Jahren eine solche Lösung der Frage der Notstands-„Komitee“ befürwortet hatte. Wühler erleben wir auf diesem Gebiet einmal das seltsame Schauspiel, daß die beiden bedeutendsten politischen Männer der Provinz, der Premier von Saskatchewan und der Führer der liberalen Opposition, sich auf einer Linie treffen. Premier Dr. Anderson geht dabei wohl von der richtigen Erkenntnis aus, daß nach den bitteren Lehren der Vergangenheit und angesichts der ungeheuren Kosten, die durch die Notstands-„Komitee“ auf die Schultern der Steuerzahler bereits gelegt worden sind, ein neues System eingeführt werden muß.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß dieses neue System, das sich auf die bereitwillige Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung stützen muß, von Erfolg begleitet ist. Auch die deutschsprachigen Bürger in den besserbesiedelten Gegenden von Saskatchewan sollten dabei nicht zurückbleiben. Durch freiwillige Spenden von Farmprodukten, Mehl, Getreidemehl usw. kann sehr viel Not gelindert und können die Farmer in den notleidenden Municipalitäten im Süden der Provinz vor dem Schlimmsten bewahrt werden. Deutsche Kirchenvereine, Schulen und deutsch-canadische Organisationen sollten ihre besten Kräfte in den Dienst dieses Hilfswerkes stellen und dafür sorgen, daß sie in den zu bildenden Sammel- und Verteilungsorganisationen entsprechend vertreten sind. Wie aus dem Bericht in diesem „Courier“ ersichtlich ist, wurde damit in Regina bereits der Anfang gemacht.

Es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß der Staat in erster Linie die Pflicht und Verantwortung trägt, in ersten Notzeiten für den nötigen Lebensunterhalt seiner Bürger zu sorgen. Doch kann die zu gewählte Staatshilfe nicht übertrieben werden, was nur allzu leicht zu einem politischen Vormundschafismus und zu einer Aumerkennung der Staatsfinanzen führt. Weit mehr empfehlenswert ist daher die organisierte Selbsthilfe kirchlicher und weltlicher Organisationen, wodurch das Bewußtsein der Selbstverantwortung gefördert und der Wille zur Aufbietung der eigenen Kräfte zur Überwindung einer Krise geweckt wird. Es ist eine grobe Vereinfachung der öffentlichen Meinung, wenn sozialistisch getrimmte Kreise es zu bewußt machen, als müßte der Staat seine Bürger auf Schritt und Tritt gewissermaßen bevordern und kontrollieren. Die sozialen Aufgaben des Staates in allen Ehren! Aber darüber hinaus muß der Privatinitiative ein möglichst weites Spielraum gewährt werden, muß jedem Bürger der Grundgedanke eingeprägt werden, daß er in erster Linie für sich und die Seinen selbst verantwortlich ist und für die, soweit seine wirtschaftlichen Kräfte irgend wie reichen, selbst zu sorgen hat. Erst dann, wenn die Abwehr der Not keine eigene Kraft übersteigt, hat die soziale Pflicht des Staates an die Stelle der Selbsthilfe zu treten.

**Entstellungen und Verdrehungen.**

Verschiedene englisch-canadische Zeitungen gefallen sich in letzter Zeit in den politisch-entstellenden und Verdrehungen der politischen Lage Deutschlands. Leider ist zu beklagen, daß sich umfängliche Berichte und Leitartikel eine gewisse Nachwirkung auf die öffentliche Meinung haben und indirekt auch ein schiefes Bild auf das canadische Deutschland werfen. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir zu Genüge, wie gefährlich eine deutschfeindliche Propaganda sich nicht nur Deutschland, sondern auch dem Auslandsdeutschtum gegenüber auswirken kann.

Zu den Propaganden, die ganz schiefe Urteile über die deutsche politische Lage verbreiten, gehört neuerdings auch die „Leader-Volt“ in Regina, die in ihrer Morgenausgabe vom 2. September in einem Leitartikel „Ein stürmischer Reichstag“ die ungläublichsten Dinge verzapft. Schon die Überschrift gibt gründlich daneben, da die neue Reichstagsession in absoluter Ruhe eröffnet worden ist und sich in durchaus parlamentarischer Form ab-

gewickelt hat. Trotzdem beginnt der „Leader-Volt“-Artikel mit dem Satz: „Der neue deutsche Reichstag wurde am Dienstag in dem nämlichen Kampfgestirne eröffnet, der gegenwärtig in der ganzen (deutschen) Republik vorberühmt zu sein scheint.“ Dann geht der Artikel auf die lächerlichen Ergebnisse der kommunikativen Alterspräsidentin Clara Jettin ein, die den Reichspräsidenten von Hindenburg wegen angeblicher Verletzung der deutschen Reichsverfassung, die von den Kommunisten gar nicht anerkannt wird, angegriffen hat. Sehr bedauerlich wird an dem von der „Leader-Volt“, daß kein Sozialdemokrat einen Posten im Reichstagspräsidium erhalten hat.

Dann wird die von Papen-Regierung unter den Fingern genommene, die „Legalität“ dieser Regierung zu bezweifeln, meint aber, angeführt von „Radikalen“ und Kommunisten sei die Stabilität in Europa. Natürlich muß auch wieder der gewöhnliche Ausdruck „Junter-Regierung“ fallen, die von den leidenschaftlichen Feiern im Geiste selbstverständlich mit der Wiederkehr des Kaiserturns in Verbindung gebracht wird. In Wirklichkeit aber summiert es sich wohl die wenigsten Deutschen, ob an der Spitze des Reiches Adlige oder Bürgerliche stehen, wenn sie nur Deutschland wieder allmählich zu alter Macht und Größe zurückzuführen. Ferner muß Adolf Hitler erhalten, dem nachgelagt wird, er plane eine Judenverfolgung, wie sie in neuerer Zeit noch niemals dagewesen sei. Zum Schluß wird der deutschen Regierung ein Seitenhieb verleiht, weil sie absolute Gleichberechtigung in Küstungsfragen verlangt, und der Artikel mit den Worten geschlossen: „Dies im Zusammenhang mit dem Vorhandensein einer Junter-Regierung erinnert viele an die Vorkriegslage in Deutschland und auf dem ganzen europäischen Kontinent.“

Wer zu lesen versteht und die Hintergedanken des Leitartiklers des „Leader-Volt“ zu erörtern weiß, muß einerseits die Sturheit des Verfassers und andererseits die Oberflächlichkeit bedauern, mit der er die deutsche Lage behandelt. Dem betreffenden Schriftleiter und seinen Kollegen in anderen englisch-canadischen Redaktionen ist offenbar noch nicht klar geworden, um welche weittragenden Entscheidungen von Weltbedeutung es im heutigen Deutschland geht. Daher sollten die Herrschaften mit ihren Behauptungen, Meinungen und Schlussfolgerungen wenigstens etwas vorsichtiger sein, um nicht eines Tages noch ganz gehörig umlernen zu müssen.

**„Wir stehen vor der Tür des Vaterhauses.“**

Ein Treibenkenntnis der Saarländer zum Deutschen Reich.

Zum 35. Mittelrheinischen Kreisturnfest, das in Trier stattfand, hatten sich nicht weniger als 10,000 Turner aus dem Saargebiet eingefunden, unberücksichtigt die vielen aus dem Saargebiet stammenden Zuschauer und Gäste. Die gewaltige Menge im Stadion von Trier gestaltete sich zu einem eindringlichen Treibenkenntnis der Saarländer zum deutschen Vaterlande.

Der Festredner, Kommerzienrat Nöckling aus Bellingen, wies unter dem lebhaften Beifall der Versammelten darauf hin, daß es den Saarturnern, wenn sie sich mit ihren Landsleuten auf dem gemeinsamen Boden vereinigten, ein Herzensbedürfnis sei, ihren unumkehrbaren Treue zum deutschen Vaterlande Ausdruck zu verleihen. In dem Kampf um die Saar hätten die Saarturner in vorerster Linie gefandert, so sei es gekommen, daß nach dem Einzug der Franzosen im Saargebiet ihre Turnvereine beschlagnahmt wurden und die Turnvereine den heimlichen Schiffsanstellungen ausgesetzt worden seien. In den 15 Jahren der französischen Besetzung sei aber das Volk der 850,000 Saarländer dem Deutschen Reich treu geblieben. Wenn von manchen Seiten die Meinung vertreten werde, daß die Schmach der Saarbesetzung nach Mitternacht zum deutschen Vaterlande von dem Saarländer einfließen würde, daß es die unter einer Regierungsverform leben müßten, die ihnen nicht passe, so könne darauf nur die eine Antwort gegeben werden: „Wir stehen vor der Tür des Vaterhauses und wollen hinein, gleichgültig, welche Sausordnung gerade in ihm gilt.“ Wir leben der in zwei Jahren kommenden Volksabstimmung mit Überflutungen. Niemand in Staat und Land wird zurückbleiben, sowohl mit dem Stimmzettel als auch in der Öffentlichkeit unseren Willen, zum Vaterland zurückzuführen, kundzutun. Kein Quadratmeter Boden, kein Kilo Koble und kein Saarbewohner darf den Franzosen abgetreten werden.“ Die Lande, die das Stadion füllten, erhoben darauf die Hand zum Schwur, und unter dem Abhängen des Deutschlandes schloß die Kundgebung, während auf den Mischbergen gegenüber dem Stadion die Höhenfeuer aufleuchteten. Afo.

**Weltumschau**

**Eröffnung des Reichstags.** Die erste Sitzung des neuen Reichstages fand am 30. August statt. Frau Clara Jettin, die 73jährige kommunikativen Alterspräsidentin, erklärte die Session formell eröffnet und richtete einen Angriff gegen den Reichspräsidenten und das Kabinett, die sich nach ihrer Erklärung der Verleumdung überlegen schuldig gemacht haben.

Clara Jettin befürwortete in ihrer Eröffnungssprache „eine proletarische Revolution zur Überwindung der Wirtschaftskrise“. Der Reichstag nahm die rednerischen Ergüsse der alten Kommunista nicht ernst und ließ ihre roten Sprüche ruhig über sich ergehen. Einiges Schmeißen und höfliche Weisungen waren die beste Antwort auf das kommunikativen Gezeir. Nicht einmal die Nationalsozialisten ließen sich aus der Reihe bringen. Nur die stonmunisten selbst begrüßten Frau Jettin durch Erheben von den Sitzen und laute Notruf Worte.

Die alte Franke Clara, die auch „die Mutter der deutschen Revolution“, genannt wird, schloß ihre Rede mit den Worten: „Ich eröffne den Reichstag in Erfüllung meiner Pflicht als Alterspräsidentin. Ich hoffe, den Tag zu erleben, an dem ich als Alterspräsidentin den ersten Arbeiter und Bauernkongress von Sowjet-Deutschland eröffnen kann.“

Als sie ihre geharnischte Rede beendet hatte, schritt der Reichstag zur Wahl des Präsidiums. Die Nationalsozialisten hatten Hauptmann Hermann Göring für das Amt des Reichstagspräsidenten nominiert, ein Amt, das ihnen als härteste Partei zustand. Das Zentrum und die Deutschnationalen stimmten mit den Nationalsozialisten und sicherten somit Görings Wahl mit 367 aus 608 Stimmen. Der Zentrumsvizepräsident Thomas Eber, dessen Kandidatur auch die Nazis unterstützen, wurde dann mit 364 gegen 138 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages gewählt. Der Deutschnationale Walther Graef wurde 2. und Hans Raub von der bayerischen Volkspartei 3. Vizepräsident. Nach der Wahl des Präsidiums verlagte sich der Reichstag vorbehaltlich der Einberufung durch den Reichstagspräsidenten.

Der neue Reichstagspräsident, der Nationalsozialist Hermann Wilhelm Göring, der vielfach der „Diplomat des Braunes Hauses“ genannt wird, war Hauptmann im Weltkrieg. 1918 befehligte er die nach Deutschlands berüchtigtem Kriegsfieger benannte „Mittelnost-Staffel“. Nach dem Friedensschluß wirkte Göring vorübergehend als Fluglehrer in Schweden und Dänemark. Mit Adolf Hitler ist er seit dem Beginn der nationalsozialistischen Bewegung eng verbunden. Im Jahre 1923 war er einer der Teilnehmer an dem berühmten „Märker-Putsch“ in München. Er wurde bei diesem mißlungenen Staatsstreich verwundet und floh ins Ausland, um sich der Verhaftung zu entziehen. Seit 1928 ist er Reichstagsabgeordneter.

Wie die „Associated Press“ aus authentischer Quelle erfährt, hat Reichspräsident von Hindenburg Reichsfanzler von Papen ein unterzeichnetes Dekret ausgeschrieben, das ihn zur Auflösung des Reichstages ermächtigt. Nur das Datum des Dekrets ist offen gelassen worden. Es bleibt dem Kanzler überlassen, ob und wann er Gebrauch von dieser Vollmacht machen will. Von Papen ist somit infam, durch einfache Veröffentlichung des Dekrets jedem Mißtrauensvotum für sein Kabinett vorzuzukommen.

Schon drei Stunden vor der Eröffnung des Reichstages hatte Reichspräsident von Hindenburg eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich mit dem Regierungsprogramm rückhaltlos einverstanden erklärte und hinzufügte, daß er bereit sei, die zu seiner Durchführung notwendigen Notverordnungen zu erlassen.

Durch diese Erklärung wurde dem Reichstage bereits angedeutet, daß eine Auflösung gegen das Kabinett sichere Auflösung bedeutet. Bei dem betagten Feldmarschall liegt daher wieder einmal die letzte Entscheidung. In den Wandelhallen des

Parlaments hörte man deshalb wieder die in der letzten Zeit oft gebrauchte Redensart: „Der Alte will's nicht.“

**Der große deutsche Wirtschaftsplan.** Eine autoritative Analyse des neuen Wirtschaftsprogramms der derzeitigen Reichsregierung, wie es von Kanzler von Papen in München vor einem Kongress der Radikalen Westfalen entwickelt wurde, ist der „Morgenpost“ veröffentlicht worden. Sie zeigt, daß der kontrollierende Faktor bei Aufstellung dieses Plans in dem Glauben resp. der Hoffnung zu suchen ist, daß der internationale Wirtschaftswendepunkt sich dem Ende zuneigt. Aber trotzdem hat der Kanzler das Element des Mißtraus bei einer Phase des Plans, nämlich in Sachen des Steuererfindungsplans, auf eine Periode von fünf Jahren verteilt. Freimüthig wird angegeben, daß die Regierung während dieser Zeit jährlich etwa 300 Millionen Mark an Steuererfindungen verliert.

Sier eine kurze Zusammenfassung des Programms: Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung geht von der Erkenntnis aus, daß die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten das oberste Gebot der Stunde ist. Wesentliche Notstandsarbeiten sind nicht dazu angetan, das Herz der Arbeitslosen weitlich zu vermindern, deshalb muß die private Verwertung der Produktion ihr Personal zu erhöhen. Die weltweite Depression nähert sich nach allgemeiner Ansicht ihrem Ende und die Zeit ist nunmehr angebrochen, eine große Summe, nämlich 2,200,000,000 Mark zur Erhöhung der Produktion einzusetzen.

Dieser Betrag zerfällt in zwei Teile, der eine derselben stellt sich auf 700 Millionen Mark und ist als Prämie für Konzerns gedacht, welche die Zahl ihrer Arbeiter vermehren. Die andere Summe von anderthalb Milliarden Mark nimmt die Form übertragbarer Zertifikate an, die zur Zahlung gewisser Steuern während des mit 1934 beginnenden fünfjährigen Zeitabschnittes verwendet werden können.

Die erwähnten 700 Millionen Mark werden vom Reich auf der Basis ausgenommen, daß ein Arbeitgeber für jeden weiteren Angestellten über die Zahl des vorausgegangenen Jahres hinaus ein jährliche Prämie von 100 Mark erhält. Diese hätte zu bedeuten, daß der Arbeitgeber mit niedrigeren Produktionskosten rechnen kann und damit besser in den Stand gesetzt wird, in eine Konkurrenz mit seinen Rivalen auf dem Weltmarkt einzutreten.

Sollen die geplanten vorgesehene 700 Millionen Mark zur Ausgabe gelangen, so könnte damit 1,750,000 Arbeitslosen Beschäftigung gegeben werden.

**Deutschland fordert nachdrücklich Küstungs-gleichheit.**

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Reaktion in London. London, 1. Sept. — Das auswärtige Amt demontiert, daß England gegenüber der deutschen Forderung für Küstungs-gleichheit irgend eine Stellung eingenommen habe. Das britische Kabinett erlangt allerdings hatnadrückliche Versichert, daß alle Unterzeichner des Verfallers Diktats, mit der einen Ausnahme von Frankreich, Deutschland zu verstehen gegeben hätten, sie würden keine Forderung unterstützen.

Die Vereinigten Staaten und die europäischen Nationen, die sich dem französisch-britischen Konfultationspaar angegeschlossen haben, sind vom deut-

den. Die Zahlung dieser Prämie würde sich für die Regierung bedeutend billiger stellen, als die Weiterzahlung der derzeitigen Arbeitslosen-Unterstützung, so daß also die Budgetaufstellung in finanzieller Weise betroffen würde.

Was nun die Steuererfindungs-Zertifikate in der Höhe von anderthalb Milliarden Mark anbelangt, so werden diese von der Regierung für einen gewissen Prozenttag aller die Geschäfte behindernden Steuern, wie etwa die Umsatzsteuer, ausgestellt werden. Da z. B. die derzeitige Umsatzsteuer sich auf 2 Prozent stellt, wird die Regierung auf die Hälfte dieses Betrags Zertifikate ausstellen, die jährliche 4 Prozent Zinsen tragen. Zwanzig Prozent solcher Zertifikate können während den Jahren 1934 und 1935 jährlich zur Begleichung irgend welcher Steuern mit Ausnahme der Einkommensteuer verwendet werden. Dann kommt, daß diese Zertifikate auch in den Händen gebracht werden können und die Reichsbank angewiesen ist, sie zu beleihen. Auf diese Weise wird eine weitestgehende Ausdehnung der kreditbewilligungen erwartet.

Die Regierung ist sich bewußt, daß der Plan einen jägerischen Ausfall von etwa 300 Millionen Mark in der Einkommensteuer zu bedeuten hat, was sich in dem fünfjährigen Zeitraum der Wirksamkeit dieses Programms auf anderthalb Milliarden Mark stellen würde. Aber sie gibt sich der festen Zuversicht hin, daß durch die Maßnahmen eine derartige Belebung des Geschäfts zu erwarten ist, daß dieser Ausfall leicht aus anderen Quellen zu decken sein wird.

Sollte sich aber trotzdem diese Malfikulation als irrig erweisen, so dürfte, wird betont, ein jährlicher Ausfall von 300 Millionen Mark in einem derartig großen Budget wie dem deutschen keine allzu große Bedeutung haben.

**Auch Frankreich leidet unter der Weltkrise.**

Frankreichs Ministerpräsident Edouard Herriot ist ebenfalls wie viele seiner Kollegen in anderen Ländern heutzutage auf Not geachtet. Die zunehmende Arbeitslosigkeit, verminderte Regierungseinnahmen und ein Defizit in dem Jahresbudget der französischen Regierung bereiten ihm große Sorgen.

Mehrere Jahre blieb Frankreich von den Leiden und Sorgen seiner weniger glücklich situierten Nachbarn verschont. Die fast gleichmäßige Verteilung des französischen Nationalreichtums und seiner Arbeitskräfte auf Ackerbau und Industrie gezeichnet dem Lande zum Segen. Und wenn die allgemeine Weltdepression schneller hätte beizugehen vermögen, als dies der Fall ist, so wäre Frankreich von ihr wahrlich nicht so sehr betroffen worden. Nun hat sich das Blatt aber gewendet. Auch Frankreich leidet, wie seine Nachbarn schon längst leiden mußten, Mangel, die das Land im Auslande verloren hat, reduziert seine Einnahmen ganz beträchtlich, weil seine Warenexport sehr stark zurückging. Die Zahl seiner Arbeitslosen hat bereits die erste Million überschritten, und 25,110 von diesen müssen von der Regierung unterstützt werden. Der Umfang des französischen Handels ist um ein volles Drittel zurückgegangen.

Als das französische Parlament sich für die Sommerferien verabschiedete, betrug das Defizit der Regierung 318 Millionen Francs. Anwohnen mußten weitere Verpflichtungen in der Gesamthöhe von 100 Millionen Francs eingegangen werden. Dazu kommt, daß Deutschland seine Reparationszahlungen leisten kann, die sich auf die jährliche Höhe von 1,200,000,000 Francs belaufen, so daß die französische Regierung sich tatsächlich einem Defizit von 1 1/2 Milliarden Francs gegenübersieht. Die beherrschende Arbeitslosigkeit macht sich hauptsächlich in Paris, Lyon, Marseille, Bruch, Havre, Bordeaux und St. Nazaire geltend.

**China und die Chinas Außenminister, Lo Wen-Handschuri.**

Kan, erklärte in einer Erwiderung auf eine kürzliche Rede im japanischen Parlament von Baron Uchida, dem japanischen Außenminister, daß „kein Frieden und keine Prohibitivität in der Mandchurie herrschen werden, solange nicht alle japanischen Truppen aus derelien-entzerrt sind.“ Es liegt völlig und allein bei Japan, die Beziehungen mit China wieder herzustellen und zu verbessern, aber China wird niemals einen Zoll Land unter militärischem Druck, dem es Widerstand zu leisten entschlossen ist, ausliefern.“

Er fügte bei, daß China auf seiner Lösung der Lage in der Mandchurie bestimmen werde, welche die „Buppenorganisation“ berücksichtigt, die durch japanische militärische Streitkräfte geschaffen wurde, aufrechterhalten und kontrolliert wird.“

Er erklärte, daß Japan dem Völkerverbund und anderen Friedensorganisationen Trost geboten habe, und charakterisierte die japanische Behauptung, daß die neue Regierung in der Mandchurie durch den Willen des mandchurischen Volkes geschaffen wurde, als infam. Niemand habe es in der Mandchurie eine Separatisten-Bewegung gegeben, sagte er, sondern eine angreifende militärische Bewegung von außerhalb.

**Die „moralische Abrüstung“ Polens.**

Der polnische Hafen Gdingen, der vor einigen Wochen der Schauplatz der „Verarmung des polnischen Volkes mit dem Meere“ gewesen, wurde kürzlich wiederum zum Hintergrund einer anti-

deutschen Demonstration benutzt, und zwar von den polnischen Legionären.

Schon in den Morgenstunden trafen, aus allen Teilen Polens drübengeleitete Erkundungszüge in Gdingen ein. Die Durchfahrt durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig gestaltete sich leider zu einer einzigen Herausforderung. Die Danziger waren durchweg aufreizenden Sprüchen bedärfen, von denen wir nur „Nieder mit Deutschland“ nennen wollen. An aufgemahten Galgen hing Hitler, und Ähnliches mehr. Man glaubte sich in die Zeit der Mobilmachungstage vor dem Weltkrieg versetzt. Die Züge hatten merkwürdigerweise gerade vor den unter polnischen Verwaltung stehenden Danziger Bahnhöfen fortgesetzt Aufenthalt, so daß nicht nur die Anschriften von den Danzigern, die mit den Morgenzügen nach Joppot fahren wollten, zur Kenntnis genommen werden konnten, sondern auch die drohend erhobenen Fäuste, die chauvinistischen Lieder, die aus dem Innern der Züge schallten, und dergleichen mehr. Die ganze Danziger Bevölkerung bewachte aber eine muttergütige Ruhe, so daß es nirgends zu Zusammenstößen gekommen ist.

Das Volk in Gdingen wies sich im Still ein-r halb militärischen, halb volkstümlichen Verwaltung ab. Die aus Meer herangekommenen alten Fahnen der Legionen wurden von der polnischen Kriegsflotte, die dicht am Ufer vor Anker lag, mit Salutafiren begrüßt. Der anschließende Gestalt stand im Zeichen der Schwärze, nicht einen Fußbreit des angefallenen polnischen Bodens an der See aufzugeben und diese Erde allen Schiffen der Feinde Polens zum Trotz bis zum letzten Wassertropfen zu verteidigen.“

Ein Transparent mit dieser Aufschrift wurde dann bei dem Hauptstad des ganzen Ereignisses, dem parademäßigen Vorbeimarsch an den polnischen Würdenträgern und den Fahnen der Legionen, mitgeführt. Der Vorbeimarsch vollzog sich unter gewaltigen Menschenandrang auf dem vom Bahnhof zur See führenden Straße des Zehnten Februars. Die militärische Kote ging fast unter in der Schar der Frauen und Mädchen, die in Kleid und Schick mitmarschierten. Nach dem Marsch der unglückig in Joppot gezeigten deutschen Trachten waren auch hier aus den früheren österreichischen Marktschneidern allerhand Leute in Volkstrachten erschienen. Die Teilnehmer wurden dann in einer von Militär errichteten Zeltstadt auf den Höhen zwischen Gdingen und Joppot verpflegt. Den Nachmittags füllten portliche und musikalische Veranstaltungen, und den Abschluss bildete ein großes Feuerwerk.

Der Geist der ganzen Veranstaltung war eine ironische Illustration zum Begriff „moralische Abrüstung“, und das Verhalten der Legionäre Danzig gegenüber zeigte noch keine Spur von dem felsen Willen, förmliche Stundgebunden gegen Danzig zu verbinden, wozu Polen sich erst kurz vorher öffentlich verpflichtet hatte.

**Weihesunden der deutschen Jugend am Grabe Joseph Haydns.**

In Eisenstadt, im Burgenlande, hatte sich Ende Juli die deutsche Jugend aus allen Teilen des mitteleuropäischen deutschen Lebensraumes eingefunden, um Erde in das neu errichtete Haydn-Mal zu legen. Erde aus dem Vatlande, aus Siebenbürgen, Südtirol, aus allen Zielungsgegenden, Erde vom Grabe Kärrners und Schill; Erde vom Grabe Walkers von der Bagelweide, Josephs von Görres, vom Grabe Ranghans, des Rheinbranddeutschen, die von Reichdeutschen aus Bayern überbracht wurde.

Der Vandeslagmann des Burgenlandes, Dr. Walheim, sprach in beweihten Worten über die tiefe Symbolik dieser Sand-Übung in Burgenlande, dem finstern Niede eines deutschstämmigen Staates. Dr. Kleber betonte die großdeutsche Symbolik des Deutschlandes, das Sanden, der Deutschland, komponiert habe, Jollen Vert der Niederdeutsche Dorfmann von Jallersleben auf dem damals noch zu England gehörenden Selgoland gedichtet habe. Während des Festaktes wurde von einem Sprecher das „Deutsche Vaterland“ in feierlicher Weise rezitiert, das Krönig Guido Kolbenhauer eigens für diese Kundgebung gedreht haben.

Der tiefe Sinn dieser Feierstunde deutscher Jugend spiegelt sich wohl am besten in der Ansprache von Friedrich Seif, dem Leiter der Mittelschule deutscher Jugend in Europa, wieder, in der es unter anderem heißt: „Unter Hierlein in Widerland gegen die Verflamung, in ein Aufbruch, dem deutschen Volk eine neue Welt zu erobern in Beherzbarkeit und Freiheit. Sie wird jenseits der Verträge und der Beistigkeit ersehen, die sie küst und zu billigen vermocht. Ihr habt die Erde getragen aus Eurer Heimat, in der das deutsche Volk lebt, kämpft, schafft und gestaltet durch Jahrhunderte. Ihr habt Erde gebracht von den Gräbern der Großen und Helden, Erde von den Stätten deutscher Arbeit. Die Erde ist der Herzschlag des Lebens, in Rot, in der Glauke, das Einquarrelstein und Kimmereisenformen von Deutschland, von den Ur-vätern her und in alle Ewigkeit hinein. Wir Jungen wollen und müssen über deutsche Vergangenheit hinaus in einer germanischen Zusammenfassung und Zukunft kommen.“

Auch in Gottesdiensten, musikalischen Feiern und den Abendingen auf dem einsamen Klauen der Stadt wurde des Landstatters Sanden gedacht. Afo.

ganzen Weltandes. Die Goldmine war eine der reichsten in den Coolgardie-Goldfeldern. In der Gwalia-Goldgrube sind noch ein Duzend alte Bergleute beschäftigt, die sich des jungen amerikanischen Ingenieurs Hoover zu erinnern.

**Australien-Goldgrube nahezu ausgeschöpft.**

Pert h, Australien. — Die große Goldmine „Sons of Gwalia“ im westlichen Australien, die von Serbert Hoover 1898 als jungem Bergwerksingenieur in Betrieb gesetzt wurde, ist dem Untergang geweiht. Die Goldgewinnung hat stetig nachgelassen und die Folge war eine Verkürzung des Betriebskapitals auf \$395,000, die Hälfte des

